



HESSISCHER LANDTAG

15. 07. 2014

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und
eine Politik gegen Krieg und Kriegsvorbereitung heute**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag gedenkt aus Anlass des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914 der Millionen Opfer der kriegerischen Barbarei.

Der Landtag begreift die Erinnerung an die Entstehung, den Verlauf und die Folgen der Kriege als dauerhafte und vorbehaltlose Verpflichtung, für Frieden, Demokratie und Freiheit einzutreten.

Der Hessische Landtag erinnert an die Hessische Verfassung, in der es unmissverständlich heißt:

Art. 69 [Frieden, Freiheit und Völkerverständigung]

- (1) Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.
- (2) Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.

Der Hessische Landtag appelliert deshalb an die politisch Verantwortlichen in unserem Land:

1. Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von militärischen Interventionen muss unterlassen und sofort beendet werden. Die Bundeswehr soll vollständig aus Afghanistan und allen Kriegsgebieten abgezogen werden.
2. Kriegsvorbereitungen und weltweite tödliche Drohneneinsätze aus unserem Land durch NATO-Truppen müssen bestraft und verhindert werden. Das NATO-Truppenstatut muss sofort aufgehoben werden.
3. Es darf keinen neuen Militarismus geben. Die Bundeswehr soll ihre Werbung in Schulen, Arbeitsagenturen und z.B. beim Hessentag sofort beenden.
4. Rüstungsproduktion muss in zivile Güter umgewandelt werden. Keine Rüstungsgüter dürfen in Krisengebiete, keine Waffenexporte in Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden. Rüstungsforschung an den Universitäten muss verboten werden.
5. Eine Welt ohne Atom- und andere Massenvernichtungswaffen muss durchgesetzt werden. Es gibt keine guten Hände, in denen Atomwaffen sein können. Chemische und biologische Waffen müssen geächtet werden. Das gilt auch für die Kampfdrohnen und neue kriegerische Technologie, die den Massenmord perfektionieren sollen.
6. Die Ursachen von Konflikten und Kriegen müssen beseitigt werden. Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden. Deshalb müssen die Rüstungsausgaben drastisch gesenkt werden.

Treten Sie für Frieden und sozialen Fortschritt ein. Die ungelöste Krise in Europa kann für beides zur Gefahr werden. Für eine gute Zukunft Europas braucht es dringend einen Politikwechsel für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Europa braucht Abrüstung, eine neues Denken über Sicherheit und internationale Zusammenarbeit statt Konfrontation und neuen Nationalismus.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Juli 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen